

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

3.2.1923 (No. 29)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14, Nr. 253 und 254, Postfach Karlsruhe, Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. A m e r d. Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Februar 1570 M. — Einzelnummer 80 M. — Anzeigengebühr: 70 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiert Rabatt, der als Kasennraben gilt und verwehrt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostreitigkeiten fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewährung übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Die Mauer um das Ruhrgebiet.

* Der Mißerfolg des Nationalsozialismus.

Wir haben nicht die Absicht, an dieser Stelle auf die Erörterungen einzugehen, die sich in Bayern selbst an den Verlauf des nationalsozialistischen Parteitags in München geknüpft haben. Wir wollen die Erledigung dieser bayerischen Angelegenheiten den Bayern selbst überlassen. Was uns zu interessieren hat, ist die nicht mehr wegzuleugnende Tatsache, daß der Parteitag der Nationalsozialisten als solcher und das ganze politische Drumumdran doch letzten Endes einen schweren Mißerfolg für diese eigenartige Kategorie des Rechtssozialismus bedeutet.

Zunächst einmal hat sich ganz im Gegensatz zu früheren Zeiten die Münchener Bürgerchaft von den Veranstaltungen der Nationalsozialisten am vorigen Samstag bzw. Sonntag ostentativ ferngehalten. Und wäre nicht der Bezug aus dem Reich gewesen, so hätten die sämtlichen zwölf Versammlungen, die sich der Nationalsozialismus leistete, einen recht kläglichen Verlauf genommen. So waren wenigstens einige dieser Versammlungen recht gut besucht. Bei einer Anzahl anderer Versammlungen konnte man dagegen erhebliche Lücken im Saal feststellen. Die Stimmung soll, wie übereinstimmend berichtet wird, durchaus nicht rosig gewesen sein. Man hatte offenbar die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht erwartet und hatte auch nicht erwartet, daß die vaterländischen Verbände und der wirklich national empfindende Teil der Bürgerchaft Münchens sich dem Tun und Treiben der Nationalsozialisten gegenüber so ablehnend verhalten würde.

Das sind alles sicherlich erfreuliche Wahrnehmungen. Sie zeigen, daß der Nationalsozialismus mit seiner aberwitzigen Auffassung, daß man sich zunächst gegen den „inneren Feind“ zu wenden habe, und daß eine Einheitsfront mit Ebert und Seevering zusammen unmöglich sei, nur bei einem kleinen Häuflein junger Menschen und aus dem Heim gegangener Charaktere Anklang gefunden hat. Die Jugend im Alter von 16—20 Jahren stellt ja bekanntlich ein starkes Kontingent zur nationalsozialistischen Bewegung. Was die übrige Anhängererschaft betrifft, so wird in München selbst immer wieder behauptet, daß es hauptsächlich die Spartaisten aus den Jahren 1918 und 1919 sind, die jetzt den Linkssozialismus mit dem Rechtssozialismus vertauscht haben.

Die Ablehnung der nationalsozialistischen Bestrebungen und Ideen ist außerhalb Münchens an den verschiedensten Orten mit besonderer Schärfe zum Ausdruck gelangt. Viele deutschnationale Parteiorganisationen, die meisten rechtsstehenden Jugendorganisationen und die Studentenchaft haben Klipp und klar gegen den nationalsozialistischen Wahnsinn Stellung genommen. Was insbesondere Baden anlangt, so hat auch hier sich die Studentenschaft der drei Hochschulen sehr entschieden dagegen ausgesprochen, daß jetzt von rechtsradikaler Seite her die dringende gebotene Einmütigkeit des deutschen Volkes irgendwie gestört werde. Alle Volksgenossen und alle Organisationen, die so denken, handeln wirklich vaterländisch und überbrücken damit gleichzeitig manchen rein parteipolitischen Gegensatz.

Auch das besonders unterstrichene Lob, das der bayerische Ministerpräsident vorgeföhrt der Arbeiterschaft und ihrer vaterländischen Treue gespendet hat, wird sicherlich im Sinne einer solchen Überbrückung der Gegensätze wirken können. Man hat ein rechtsstehender Bürger hat in den letzten Wochen die Wichtigkeit der von jeder von der Arbeiterschaft selbst vertretenen Behauptung anerkennen gelernt, nämlich der, daß sich die Arbeiterschaft, ohne gerade aus ihrem Patriotismus viele Worte zu machen, doch von niemandem an Vaterlandsliebe übertreffen läßt, wenn es wirklich hart auf hart kommt.

Zum Schluß noch ein kurzes Wort über Hitler selbst. Wenn die nationalsozialistischen Mitläufer sich noch ein klein wenig Befähigung zur Kritik bewahrt haben, dann muß Hitler heute bereits in den Augen seiner eigenen Anhänger erledigt sein. Die Tatsache, daß es sich hier um einen vornehmlich psycho-pathologisch zu bewertenden Politiker handelt, ist in den Verhandlungen, die Hitler Ende der vorigen Woche mit den Münchener

Dr. Cuno's Politik: Durchhalten bis zum Ende — Die Ernährungs- und Kohlenlage — Wohnungsnotgesetz für die Ruhrvertriebenen — Die Kohlenblockade durchgeführt — Ein deutscher Eisenbahnzug wird in voller Fahrt beschossen — 20 000 beladene Kohlenwagen verstopfen die Gleise — Das unbrauchbare Rheinlandkabel — Weitere Tote im Ruhrgebiet.

Behörden geführt hat, ganz klar in Erscheinung getreten. Erst hat dieser Mann so getan, als ob er weder Tod noch Teufel fürchte, er hat vor dem Polizeipräsidenten den unerforschenden Märtyrer seiner Sache gespielt und hat sich dann doch nicht entblödet, einen Tag darauf seinen Kniefall in Aussicht zu stellen, falls man ihm nicht wenigstens ein bißchen entgegenkomme. Ist die Haltlosigkeit des Charakters damit ein für allemal erwiesen, so muß man sich doch hüten, den Cuno'sagen Hitlers als eine Handlung zu betrachten, die lediglich aus Unbesonnenheit und Verwirrtheit entsprang. O nein, Hitler hat wohl gewußt, was im Augenblick für ihn auf dem Spiele stand. Er konnte vor seine Myrmidonen nicht hintreten und ihnen sagen, daß er und mit ihm der ganze Nationalsozialismus abgewirtschaftet habe, daß man ihn die mit so viel Possenwörter angefüllten Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel nicht erlaube. Er mußte mit einem Scheinernfolg vom Polizeipräsidenten zurückkehren. Und er war frech genug, dafür zu sorgen, daß nachher in der Praxis dieser Scheinerfolg als ein Sieg über die Staatsgewalt erschien.

Die Illusion hat aber nicht lange standgehalten. Die vorgeföhrt Verhandlungen im Plenum des badischen Landtags haben in diesem Punkt vollkommene Klarheit geschaffen. Und mag auch noch manches aufzuklären sein, so wird doch der Eindruck haften bleiben, daß der Nationalsozialismus und Hitler selbst fürs erste ihre Rolle ausgespielt haben!

Die deutsche Abwehrtaktik im Ruhrgebiet.

Der Abwehrkampf des Ruhrgebietes gegen die Invasion wird nicht nach rein prinzipiellen, sondern nach tatsächlichen Gesichtspunkten geführt. Wäre es anders, so hätte der Rechtsbruch der Gegner mit einer konsequent bis zum Verhängnis durchgeführten absoluten Weisung auf allen Gebieten beantwortet werden müssen. Es hätten dann die Stadtwahlverwaltungen keinerlei Quartier hergeben und keinerlei Requisitionen oder Anweisungsbefehle beachten und die Polizeipräsidenten hätten die Anordnungen der Okkupanten nicht befolgen dürfen. Ein solches Verhalten wäre an sich durchaus berechtigt, nur wäre es — darin sind hier im Ruhrgebiet wohl alle, die darüber nachgedacht haben, einer Meinung — praktisch unklar gewesen, weil es unsere Widerstandskraft vor schnell verbraucht hätte. Schon die erste Überlegung der für die deutsche Abwehr gegebenen Aufgaben und Möglichkeiten mußte unter den obwaltenden Umständen zur Anwendung einer zwar dem Ziele nach radikal, in der Methode aber beweglichen und elastischen Taktik führen, die der eigenen physischen Ohnmacht Rechnung trug, aber jede schwache Stelle in der Position des Gegners erpökte und ausnützte. Der weitere Verlauf der Dinge hat in der Überzeugung von der Wichtigkeit dieses Verhaltens nur bestärken können; die bisherigen Erfahrungen haben wohl zur Folge, daß die deutsche Taktik im einzelnen modifiziert wird, nicht aber daß sie im ganzen geändert würde. Soweit es sich um die hinter uns liegenden Wochen handelt, läßt sich über die konkrete Entwicklung dieser Taktik mit ziemlicher Offenheit sprechen; denn da sie dem Gegner nicht verborgen geblieben ist, braucht man auch nicht zu fürchten, ihm durch eine Diskussion Geheimnisse zu verraten, aus denen er Nutzen ziehen könnte. Anders steht es mit der Frage der voraussichtlichen weiteren Gestaltung der deutschen Abwehrmethoden; hier muß die öffentliche Äußerung zurückhaltend sein. Es gibt aber außer dem selbstverständlichen noch einen weiteren Grund, aus dem sich über die Zukunft noch nicht viel sagen läßt, und der ist, offen gesagt, noch zwingender als der erste: die künftigen Schritte der deutschen Behörden, Unternehmer und Arbeiter sind nämlich noch gar nicht festgelegt und können es nicht sein, weil sie vollkommen von dem Vorgehen des Gegners abhängen und sich ihm anpassen müssen und weil der Gegner natürlich ebenfalls keinen Anlaß hat, sich in seine Karten hineinschauen zu lassen, bevor er sie auspielt.

So wenig die deutsche Abwehr sich auf die starre Befolgung eines Prinzips zurückführen läßt, so wenig läßt sie sich sonst auf eine einfache Formel bringen, denn mit der ganz allge-

meinen Wendung, daß sie sich diesmal nicht, wie bei der Besetzung Düsseldorf und Duisburgs, auf den bloßen Protest beschränken darf, sondern von jeder praktischen Möglichkeit Gebrauch machen muß, ist noch nicht viel gesagt. Gerade bei der Abwägung des möglichen Nutzens und Schadens, den die in Frage kommenden Maßnahmen bringen könnten, pflegen nämlich erst die eigentlichen Schwierigkeiten aufzutreten. Immerhin gelangte man dabei zu einigen konkreten Anhaltspunkten. Die erste und wichtigste dieser Richtlinien schreibt vor, daß alles geschehen muß, was dazu angeht, die Erzeugung neuer Kohlen- und Holztransporte nach Frankreich und Belgien zu hindern. Die Einstellung dieser Transporte war die bestimmte Konsequenz, die der Reichsminister sofort nach dem Beginn der Ruhraktion aus dem vertragswidrigen Verhalten der Westmächte zog; die Frage der Kohlen- und Holztransporte wurde alsbald der Hauptgegenstand des zähen und erbitterten Ringens, das sich seit drei Wochen im Ruhrgebiet vollzieht. Denn für Frankreich ist die Aneignung von Kohle und Holz aus zwei Gründen von fundamentaler Bedeutung: einmal weil es den Umstand, daß Deutschland mit geringfügigen Mengen im Bezug geblieben war, zum Vorwande des ganzen Einmarsches genommen hatte und weil es infolgedessen eine Frage des Bestehens für Frankreich ist, daß es sich nicht die Quelle, aus der es schöpfen wollte, völlig verstopfen läßt; sodann aber aus dem Grunde, weil die Zufuhr von westfälischem Holz nach Lothringen für die dortige Eisenindustrie Frankreichs lebensnotwendig ist. Dem Ziele, Kohle und Holz wieder herinzubekommen, dienen daher in allererster Linie die Maßnahmen, die Frankreich im Ruhrgebiet trifft; auch der Stillstand, der für die oberflächliche Betrachtung in der Kohlentransportfrage eingetreten ist, ist nur scheinbar; in Wahrheit steht alles, was Frankreich unternimmt, mit dieser Kardinalfrage im Zusammenhang. Dementsprechend wird auch die deutsche Gegenpolitik durch die Rücksichten auf Kohle und Holz ausschlaggebend bestimmt. Der Verhinderung des Kohlenverkehrs nach Frankreich und Belgien dienen die Verlegung des Kohlenjunktals, die Weigerung der Grubenleiter, den Befehlen der Ingenieurkommission Folge zu leisten, die Verlegung der Eisenbahnen, Kohlenzüge nach dem Westen zu leiten. Es ist bekannt, daß die deutschen Anstrengungen in diesem Punkte bisher uneingeschränkter Erfolg gehabt haben.

Für eine weitere Grundtendenz der deutschen Taktik ist es charakteristisch, daß sie zweifelhafte ist und sich zur einen Hälfte mit der bisherigen französischen Politik deckt. Beide, Frankreich und Deutschland, stimmen bisher darin überein, daß sie das zu vermeiden trachten, was man mit einem kurzen Schlagwort als den Eintritt des Chaos bezeichnen kann. Aber während Frankreich darüber hinaus einen Zustand völliger Lebens- und Wirtschaftsnormallität erstrebt, einen Zustand, der ihm den Aufenthalt im Ruhrgebiet angenehm und gefahrlos machen und es ihm gestatten würde, sich hier auf beliebig lange Zeit festzusetzen, muß Deutschland solche dauernde Festsetzung und die Voraussetzungen, die sie ermöglichen würden, unter allen Umständen zu verhindern bemüht sein. Seine Absicht muß vielmehr dahin gehen, den Gegner nicht zum ruhigen Genuß der neu eingenommenen Machtposition kommen zu lassen, dabei aber doch für die Ruhrbevölkerung nach Möglichkeit irgendeine Art von Wirtschaftsleben weiter funktionieren zu lassen und besonders auch ihre Ernährung sicherzustellen. Dieser Doppelaufgabe war und ist eine Reihe von deutschen Maßnahmen zu dienen bestimmt: die Verbindung des Ruhrgebietes mit dem unbesetzten Deutschland wurde so intensiv wie möglich aufrechterhalten, insbesondere der Versand von Kohle ins unbesetzte Deutschland und die Einfuhr von Lebensmitteln ins Ruhrgebiet mit allen Kräften gefördert; ferner beschlossen die Eisenbahner, die Lebensmittelzüge der Franzosen und der Belgier zu beschleunigen, weil die Verweigerung des Transportes lediglich umfangreiche Requisitionen deutscher Vorräte für die Besatzungsarmee zur Folge gehabt hätte. Schließlich aber gehört in diesem Zusammenhang auch der vorläufige Verzicht der Bergarbeiter und der Eisenbahner auf einen Generalstreik. Dieser bleibt als letztes Mittel für den Fall besonderer Komplikationen im Hintergrunde; er soll nur dann zur Anwendung gelangen, wenn die Franzosen durch ihr weiteres Vorgehen dazu zwingen. Inzwischen hilft man sich da, wo die Übergriffe der Truppen es nahelegen, mit passivem Widerstand und mit Teufeltakt. Auch hier ist die deutsche Taktik, zumal in der ersten Zeit der Besetzung, ohne Zweifel erfolgreich gewesen; hat sie es doch zuwege gebracht, daß das Auftreten Frankreichs trotz zunehmender Schärfe bis zum heutigen Tage nicht nur auf die deutschen Beobachter, sondern auch auf die ausländischen Journalisten, die sich hier aufhalten, unsicher und schwankend wirkt. Immerhin wird gerade in dieser Hinsicht stets noch neuem nachgeprüft werden müssen, ob die Voraussetzungen des deutschen Verhaltens unterändert geblieben sind und in welchem Verhältnis nützliche und schädliche Wirkungen zueinander stehen. Eine besondere Rolle hat in der Reihe der Maßnahmen, um die es sich hier handelt, der Entschluß der Eisenbahner gespielt, keine Militärszüge der Franzosen und der Belgier mehr zu befördern. Es ist klar, daß ein solcher Beschluß von den Okkupanten mit ganz besonders heftigem Unwillen aufgenommen wurde. Seine Folge war, daß Frankreich nun einen Grund mehr hatte, seine notwendigen Eisenbahnverbindungen mit eigenen Kräften zu sichern, und daß im Verlaufe der Durchführung dieser Maßnahme aus der freiwilligen eine erzwungene Arbeitsniederlegung der deutschen Eisenbahner wurde. Die Handlungsfreiheit der Eisenbahner wurde durch diese Entwicklung natürlich vermindert, aber auf der anderen Seite hat die Weigerung der deutschen Eisenbahner, Militärszüge

zu transportieren, den Franzosen eine ganz unerwartete Verlegenheit bereitet, und es wird sich erst zu zeigen haben, inwieweit es den Franzosen gelingt, mit ihren Kräften einen wirklich brauchbaren Eisenbahndienst am Rhein und an der Ruhr einzurichten. Deutsche Sachverständige sind hier noch wie vor skeptisch, und die bisherigen Mißerfolge der Franzosen auf den deutschen Eisenbahnen geben dieser Auffassung recht. Alle Überlegungen über die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Maßnahme sind im Augenblick dadurch einigermassen unsicher geworden, daß man auf deutscher Seite noch durchaus im Unklaren ist, welchen Inhalt und Umfang die Absperrung haben soll. Daß die Linie, zunächst wenigstens, keine Zoll-, sondern lediglich eine Überwachungsline sein soll, ist von französischer Seite behauptet worden und ohne weiteres glaubhaft, aber auch eine bloße Überwachung wird der deutschen Abwehr neue und schwierige Aufgaben stellen. Vor allem gewinnen damit zwei Probleme an Dringlichkeit: die Frage des Kohlenverkehrs ins unbesetzte Gebiet und der Kohlensteuer. Beide sind in der gegenwärtigen Auseinandersetzung Fragen erster Ordnung.

Man ist im Ruhrrevier unerschütterlich in dem Willen, die Abwehr in dem bisherigen Geiste, das heißt, auf Grund fester Überlegung und der Verständigung zwischen allen in Betracht kommenden Faktoren fortzuführen. Der Kampf wird in den nächsten Wochen vielleicht weniger dramatisch verlaufen als zu Anfang, aber an Erbitterung und Schwere wird er deshalb um nichts nachgelassen haben. Für die Bedingungen und Methoden dieses Kampfes muß man in ganz Deutschland Verständnis gewinnen.

Politische Neuigkeiten.

Dr. Cuno über seine Politik.

Durchhalten bis zum Ende.

Der Reichskanzler Dr. Cuno führte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Rheinischen Westfälischen Courant über die zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland schwelenden Streitfragen u. a. aus:

Die Einfachheit unserer Politik ergibt sich aus der einfachen Tatsache, daß die schlimmsten Folgen der Besetzung nicht schlimmer sein können als die Folgen eines Nachgebens. Deswegen ist unserm Volke auch so völlig klar, daß wir diesen Kampf bis zu Ende durchhalten müssen, d. h. bis zu jenem Punkt, wo es unserer passiven Resistenz gelingen wird, die Gewalt ab absurdo zu führen. Unsere Verantwortung schreibt uns das größte Maß von Besonnenheit vor. Wir werden niemand herausfordern; wir werden aber auch Herrn Poincaré nicht die goldene Brücke eines Scheinfriedes bauen dürfen, weil sonst der ganze Kampf der Arbeiter und Unternehmern im Ruhrgebiet und die Leiden unserer pflichtgetreuen Beamten umsonst gewesen wären, weil es notwendig ist, die Ungangbarkeit des von Herrn Poincaré eingeschlagenen Weges ein für allemal nachzuweisen.

Aber die Möglichkeit von Verhandlungen zu reden, ist gegenwärtig noch nicht Zeit. Die Bedingungen unserer Verhandlungsbereitschaft haben wir oft genug ausgesprochen. Die letzten Äußerungen des Herrn Poincaré zeigen, daß auf der anderen Seite noch nicht der leiseste Wunsch besteht, den Weg der Gewalt zu verlassen. Alle weiteren Ereignisse werden davon bestimmt werden, inwieweit Frankreich diesen Weg weiter zu verfolgen gedenkt.

Der Reichskanzler über die Ernährungs- und Kohlenlage.

Der Reichskanzler hat gestern die Führer der Fraktionen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft empfangen und ihnen Aufklärung über die Ernährungs- und Kohlenlage gegeben.

Er führte aus, daß die Kohlenvorräte für eine gewisse Zeit hinreichen und daß man (sogar) damit umgehen und auch Mittel habe, um sie zu ergänzen. Die finanzielle Hilfe für die aus dem Ruhrgebiet Vertriebenen sei für eine gewisse Zeit hinreichend dank der Opferwilligkeit der Bevölkerung. Dem Reichstag werde sehr bald ein Antrag zugehen, das die Wohnungsfrage der Vertriebenen regelt.

Es sei nicht geplant, die Behandlung aller durch die völkerrightswidrige Besetzung des Ruhrgebiets entstandenen Fragen an einer Stelle zu vereinigen.

Es genüge, daß die zuständigen Ministerien täglich miteinander in dieser Frage in Verbindung treten. Die Gerichte, daß die ihrer Arbeit beraubten Arbeiter, Angestellten und Beamten aus dem Ruhrrevier auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen seien, sind nicht richtig. Sie werden ihre bisherigen Bezüge weiter beziehen.

Die Kohlenblockade durchgeführt.

Frankfurt, 3. Febr. Die Mauer um das Ruhrgebiet ist in der gestrigen Nacht dicht geschlossen worden, namentlich die Kohlenblockade ist effektiv durchgeführt. Alle Nebenlinien, auf denen noch einige 100 Waggons nach dem unbesetzten Deutschland durchgeschlüpft konnten, sind gesperrt. Einer derzüge, der in voller Fahrt die Kette durchbrechen wollte, wurde beschossen, ebenso sind die Straßen gesperrt. Alle Ruhrwerke mit Kohlen werden festgehalten.

Die Eisenbahner haben eine neue Taktik eingeschlagen, die sich je nach den örtlichen Verhältnissen richtet. Sie handeln dabei weniger nach den Richtlinien des Verkehrsministeriums, die naturgemäß nur schematisch sein konnten, sondern befolgen die Befehle der örtlichen Beamten oder handeln auf eigene Faust. Diese Taktik geht dahin, daß sie auf jeden Fall vermeiden wollen, ihren Dienst zu verlassen, wodurch den Franzosen freie Hand gegeben wäre. Sie nehmen aber keine französischen Befehle entgegen und versuchen nach Möglichkeit, den deutschen Verkehr aufrecht zu erhalten.

Die Franzosen beginnen, sich für eigene Rechnung und mit eigenem Material einzurichten. Sie haben Telephondrähte gezogen und französische Eisenbahntuppen versuchen, die Weichen wieder in Ordnung zu bringen. Im gesamten Kohlenrevier stehen 20 000 beladene Kohlenwagen, die ca. 200 Kilometer Gleise besperren. Dadurch wird der Bahnverkehr allmählich vollkommen verstopft.

Man will versuchen, die Kohlenwaggons bei anderen Betrieben und auf den Lagerplätzen der Häfen auszuladen. Da aber nur ein beschränkter Platz zur Verfügung steht, werden bereits in aller nächster Zeit Einschränkungen in der Förderung vorgenommen werden müssen. Die Arbeiter sollen dann mit Instandsetzungsarbeiten und Vorarbeiten für die künftige Förderung beschäftigt werden. Die Industrie würde genötigt sein, für die Lohnzahlungen einen größeren Reichskredit in Anspruch zu nehmen. Da 600 000 Arbeiter mit einem heutigen Lohn von über 8000 M. pro Schicht ausbezahlt sind und keinerlei Einnahmen für die nächste Zeit zur Verfügung stehen, können Kienfahrungen in Betracht.

Das Rheinland-Kabel.

Nach Blättermeldungen halten die Franzosen auch die Kohlenlieferungen für Holland, die Schweiz und Italien an. Die Strecke Dortmund-Reddinghausen-Sofen ist unterbrochen.

Die von französischen Blättern gebrachte Nachricht, die Deutschen hätten das Rheinlandkabel durchschnitten, ist offenbar von den Franzosen erfunden worden, um die eigene Unfähigkeit zu verdecken oder um das Vorgehen der französischen Soldaten gegen die Ruhrbevölkerung zu erklären. Alle Schaltstellen des Rheinlandkabels von Dortmund bis Düsseldorf sind von den Franzosen besetzt. Sie haben entweder mit der verwilligten Einrichtung nicht fertig werden können und aus Unkenntnis einen Fehler verurteilt oder, was noch wahrscheinlicher ist, einen solchen Fehler absichtlich herbeigeführt, um den Verkehr zu unterbinden. Das deutsche Personal kann, solange die Franzosen es hindern, nicht einmal feststellen, wo die Fehler liegen, geschweige denn sie beseitigen. Man räume die Schaltstellen und gebe dem deutschen Personal freie Hand, dann wird das Rheinlandkabel bald wieder betriebsfähig sein.

Die Revolverpolitik.

In Brechten bei Essen wurde in der letzten Nacht der Bergmann Baumann von einem französischen Kisten erschossen. Die Besatzungsbehörde erklärt, daß sich Baumann nach Art eines Betrunklenen an den Kisten herangemacht und dieser nach zweimaligem erfolglosem Anruf geschossen habe.

Mehrere Augenzeugen bekunden dagegen, daß Baumann, der erst kurz vorher von seiner Wohnung fortgegangen war, durchaus nüchtern gewesen sei. Mehrere in der Nähe befindliche Personen haben auch von einem Anruf durch den Kisten nichts gehört. Die Lokalbehörden haben den Kommandanten um sofortige Ablösung des Truppentils ersucht.

Zwei belgische Soldaten wollten gestern auf der Straßenbahn Oberhausen-Essen dem Schaffner nicht das Fahrgeld entrichten, sondern zeigten Baus vor, auf die sie fahren wollten. Da sie von der Weiterfahrt ausgeschlossen werden sollten, griffen die Soldaten zu ihren Gewehren, erschossen einen unbeteiligten Fahrgast und verletzten den Führer schwer. Die beiden Soldaten wurden von der deutschen Schutzpolizei festgenommen.

Vom französischen Kriegsgericht wurde ein Kaufmann aus Weimar bei Bochum zu 150 000 M. Geldstrafe verurteilt, weil er sich geweigert hatte, an die Besatzungstruppen Konserven und Käse zu verkaufen. Die Verteidigung hatte sich vergeblich darauf berufen, daß die französischen Behörden angelündigt hätten, in die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung nicht einzugreifen.

Arbeitslosigkeit in der lothring. Industrie.

In der lothringischen Industrie machen sich die Folgen der Ruhrbesetzung immer schlimmer fühlbar. Im Osten sowohl wie im Westteil hat die Arbeitslosigkeit zugenommen. In den Bombardierten Gürtelwerken soll weiterhin 200 Arbeitern gestündigt werden. In Alvingen kann jeder Arbeiter nur noch drei Schichten pro Woche verdienen. Ähnlich steht es im Saingier Gebiet, wo ebenfalls mit einer vollständigen Einstellung der Produktion zu rechnen ist. Auf den bei Wendel-Graben ist einstellweise eine Feierschicht eingelegt. Die Reutinger Gürtel haben ebenfalls Kündigungen vorgenommen und behalten sich für die nächsten Tage, falls die Zustände sich nicht ändern, weitere Maßnahmen vor. Von 7 Höfen wurden 2 geschlossen. In Marincourt erklärte der Direktor der Grube Kalkovillers, daß die ganze Erzlieferung nach Deutschland durch die Ruhrbesetzung rückgängig gemacht worden sei. Die Direktion sehe sich gezwungen, drei Feierschichten pro Woche einzuführen oder aber eine Lohnreduzierung von 10 Prozent vorzunehmen. Aus Noncourt wird gemeldet, daß dort ebenfalls wöchentlich eine Feierschicht eingelegt wurde. Die Direktion gibt an, daß die Erze nicht abgehen.

Der bayerische Ausnahmezustand.

Der Antrag der sozialdemokratischen Reichsfraktion, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern forderte, wurde auf Grund einer Vereinbarung im Ministerrat nicht mehr erörtert und für gestern als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Im Laufe der gestrigen Reichstagsdebatte gab nunmehr der bayerische Gesandte v. Freger die Erklärung ab, daß die bayerische Regierung die Verkündung des Ausnahmezustandes von Anfang an nur als eine vorübergehende Maßnahme ins Auge gefaßt habe, und die Ausnahmeverordnung in den nächsten Tagen wieder aufheben werde. Der sozialdemokratische Abg. Hermann Müller verdrängte daraufhin namens seiner Partei auf eine Beratung des sozialdemokratischen Antrages. Als Zeitpunkt für die Aufhebung des Ausnahmezustandes ist der kommende Dienstag vorgeesehen.

Kurze Nachrichten.

Die Ernährungsfrage des besetzten Gebietes. Reichsernährungsminister Dr. Luther verhandelte in Dortmund in Gegenwart von Vertretern des Magistrats mit den Vertretern der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen aller Richtungen sowie mit den leitenden Persönlichkeiten der Großindustrie und des Handels über die Ernährungsfrage des besetzten Gebietes. Alle Beteiligten begünstigen das persönliche Erscheinen des Ministers im gefährdeten Gebiet. Sie entnahmen aus den eingehenden sachlichen Darlegungen die Gewissheit, daß die Regierung die Sorge um das besetzte Gebiet als ihre wichtigste Aufgabe betrachtet.

Badische Wochenrückblicke.

Sinken des letzten deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich — Eine schweizerische Hilfsaktion für Konstanz — Der Februarmilchpreis — Der gefährdende Wasserstand des Neckars.

Runmehr ist der letzte deutsche Kriegsgefangene in Frankreich zurückgekehrt! Wie immer die Heimkehrer, hat Mannheim auch diesen letzten, Otto Reuter, gastlich aufgenommen. Der um alle Kriegsgefangenenrücktransporte so verdienstvolle Mannheimer Julius Jahl sollte zusammen mit dem schweizer Delegierten Reich Reuter Donnerstag nacht am Ludwigshafener Bahnhof ab und erlebte die letzten Formalitäten mit der französischen Militärbehörde. Otto Reuter aus Chemnitz wurde 1915 vom Kriegsgericht in Chalons s. M. zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt. Eine unbefehobene Menschenmenge jubelte dem Heimkehrer, der trotz der erst kürzlich überstandenen Operation wohl ausseh. zu. Auch die Frau von Otto Reuter und deren Bruder, sowie ein Vertreter der Chemnitzer Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener waren zum Empfang nach Mannheim geeilt.

An der Rheinbrücke hatten sich Tausende Menschen eingefunden, um den letzten Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft zu begrüßen. Kurtatze druckten weit über den Rhein. Eine Feuerwehrlafette spielte zuerst einen Choral, dann einen florentinischen Marsch. Die große Menschenmenge sang das Deutschlandlied. Es war eine großartige Kundgebung, bei der auch Herr Jahl, den man nur noch unter dem Namen „Bater Jahl“ kenne, gefeiert wurde. Ein Sonderwagen der Straßenbahn brachte den glücklichen Heimkehrer und seine zahlreiche Begleitung zur Wohnung des Herrn Jahl. Vor dem Hause hatte sich wiederum eine tausendköpfige Menschenmenge angesammelt, die Reuter mit kühnem Jubel begrüßte. Für Erquickung des Heimkehrers war, wie üblich, Sorge getragen. Gestern vormittag begab sich Otto Reuter zunächst ins Mannheimer Krankenhaus, wo sein Operationsverband gewechselt wurde. Über die Behandlung im Lazarett in Louisastr. Reuter sehr anerkennend. Der ihn behandelnde Arzt Dr. Michel habe bestens für ihn gesorgt und ihm eine reiche Marschration auf den Heimweg mitgegeben. Die Kriegsgefangenen sind alle aus Frankreich heimgekehrt. Heimgekehrt die Sorgen um sie. Aber Frankreich hat für neue Sorgen Sorge getragen.

Auf Anregung des Arbeitgeberverbandes Kreuzlingen (Schweiz) haben sich alle in der benachbarten Schweiz beschäftigten Angestellten und Arbeiter bereit erklärt, sich auf die Dauer von 100 Tagen 10 Prozent ihres Einkommens zugunsten der Konstanzer Rotkrieger abzugeben. Es dreht sich um eine Unterstützung der Konstanzer Winterhilfe. Der schweizerische Arbeitgeberverband Kreuzlingen, dem 52 Firmen angehören, hat sich verpflichtet, den gleichen Betrag, den die Angestellten u. Arbeiter jeder Firma abgeben, dazu zu legen. Man rechnet mit einer Summe von 60-70 000 Franken gleich 600 Millionen M. Mark, die zur Speisung der Konstanzer Bevölkerung verwendet werden. Es sind in Konstanz bereits mehrere Lokale gemietet, in denen das Mittag- und Abendessen verabreicht wird. Aus der Schweiz wird dazu unter anderem Vollmilch und Schweizer Käse geliefert. In der Konstanzer Bevölkerung herrscht große Freude über die edelmütige Absicht der Schweizer Nachbarn.

Wie die „Konstanzer Zeitung“ berichtet, ist die durch den Lohnabzug in Betracht kommende Summe etwa 40 000 Frs., womit vom 1. März ab etwa hundert Tage lang ungelöst 500 Konstanzer mittags gespeist werden sollen. Zur Speisung zugelassen werden sollen alle, die kein Einkommen haben, um ein geringes Mittelmessen zu verschaffen, also die alten Leute, die Kriegserwitwen mit ihren Kindern, Kleinrentner, Sozialrentner, erwerbslose Arbeiter usw. Die Mahlzeit soll aus einer Suppe, etwa 800 Gramm Fleisch und Gemüse bestehen. Vielleicht wird auch Milch gegeben werden. Die Verteilung sollen die Schweizer selbst vornehmen. Die Stadtverwaltung soll lediglich bei der Beschaffung von geeigneten Räumlichkeiten usw. behilflich sein. Bei dieser dürfte es sich um keine so großen Abfütterungsräume handeln, sondern um kleinere Räume, die leicht zu heizen sind und auch den Gästen ein gemütliches Verweilen bieten. Der Koch oder die Köchin wird von schweizerischer Seite beschafft werden. Alle Handreichungen während des Essens sollen von Konstanzer freiwilligen Kräften übernommen werden. Das Essen soll unentgeltlich abgegeben werden. Wo aber verköstete Arme kein „Almojen“ nehmen wollen, soll ein ganz geringer Betrag dafür verlangt werden. Die Meldungen der Teilnehmer werden von einem Schweizerauschuss geprüft, der weiter gebeten, für die soziale Einfuhr von Vollmilch, Brot, Feigwaren und Fett nach Konstanz Sorge tragen zu wollen. Die Schweizer Regierung steht dem Schweizer Hilfsverein sympathisch gegenüber. Wegen Lieferung von Kleidung wird vom Hilfskomitee noch besondere Mitteilung gemacht werden.

In den meisten Tageszeitungen wurde in letzter Zeit das Zustandekommen des erhöhten Milchpreises in Art und Gegenartikeln besprochen und debattiert. In einer Erwiderung des Mittelbairischen Städteverbands für Milchbeschaffung und Milchverwertung fand sich u. a. der Satz: „Wir sind aber überzeugt, wenn nicht gerade der Vertreter des städt. Milchamts Karlsruhe in so bequemer Form die Verhandlungen geführt hätte usw., wäre ein solch hoher Preis niemals zustande gekommen.“ Hierzu wurde nun in der letzten Karlsruher Stadtratssitzung Stellung genommen. Es wurde festgestellt, daß die fraglichen Verhandlungen der Landesmilchpreis-Kommission in Effenburg am 30. Dezember v. J. nicht ein Vertreter der städt. Milchamts Karlsruhe, überhaupt kein Vertreter der Stadt Karlsruhe, sondern ein Vertreter des Bad. Milcheiherverbandes geführt hat. Im übrigen ist die Streitfrage, zu der die Kommission angehörigenden größeren Städte bereits unter dem 18. Januar d. J. eine gemeinsame Entgegnung und Richtigstellung veröffentlicht haben, durch die Tatsache überholt, daß die Verhandlungen in der Landesmilchpreis-Kommission in Freiburg am 25. Januar d. J. zu keiner Einigung zwischen den Vertretern der Städte und denen der Landwirtschaft geführt haben, worauf ein Schiedsgericht, dessen Vorsitzender von der Landesversorgungsstelle ernannt worden ist, den Landesmilchpreis ab 1. Februar d. J. an auf 210 M. festgesetzt hat.

Nachdem durch schiedsgerichtliche Verhandlungen zwischen Vertretern des Stadtrats und der Vereinigten Milcheiher Karlsruhe für die von diesen abgelieferte Milch bis auf weiteres ein Preis von 620 M. für den Liter vereinbart worden ist, muß der Kleinverkaufspreis für diese Milch auf 560 M. für den Liter festgesetzt werden. Darin sind an Unkosten inbegriffen 84 M. für den Milchhändler und 6 M. Fuhrlohn. Der Verkaufspreis für diese Milch wird erhoben am 5., 9., 13., 17., 20., 24. und 28. d. Mts: An allen übrigen Tagen beträgt der Milchpreis 320 M. für einen Liter.

Während wir mitten in einer Geldhochflut stehen, hat der Wettergott seine Hochfluten ins Land geleitet. Aus allen Richtungen des Landes werden nicht ungeschickliche Überflutungen und durch die andauernden Regengüsse herbeigerufenen Bergströme gemeldet. Auch der Neckar fließt Hochwasser. Gestern war bereits ein Wasserhöhe erreicht, wie wir sie wohl seit dem großen Hochwasser vom Dezember 1910 nicht mehr hatten. In Heidelberg ist das Wasser um mehr als einen Meter gegen gestern gestiegen, und in Heilbronn ging der Fluß auf 3,88 Meter hinaus. Dabei ist es noch weiter im Steigen begriffen. Weihnacht 1910 betrug der Höchststand in Heilbronn 6,50 Meter. Jetzt schon entfernen die Bewohner gefährdeter Häuser verderbliche Gegenstände aus den Kellern, denn gerade durch das Eindringen des Hochwassers in die Keller entständen Weihnacht 1910 so beträchtliche Schäden. In der Heidelberger Altstadt sah man schon manche Bewohner beim Austäumen der Keller. In Biebelhausen ist kurzzeitig wieder das Garten Gelände unterhalb der Häuser am Neckar überschwemmt. An manchen Stellen sah man, wie die Heidelberger Blätter melden, dort schon, daß große Erdstücke von den Dämmen abgerissen und fortgespült wurden. Die Überbrückung der Steinbäck

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Jurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt:

Rottenmeister Karl Franz in Karlsruhe zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

Auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt:

Oberverwaltungsgerichtsrat Ernst Behr.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Kath. Kultus.

Abschiedlich eingesetzt:

am 5. Nov. 1922: Martin Hilbrand, bisher Pfarrer...

Ernannt:

Pfarrer Arthur Pfeiffer in Hochhausen, zum Pfarrer in...

Befähigt:

Diaphorapfarrer Hermann Rahm in St. Blasien, als Pfarrer...

Ernannt:

Pfarrer Karl Specht in Wädgheim, zum Dekan des Kirchen-

Arbeitsministerium.

Die in der Zeit vom 15. bis 18. November 1922 bei der...

Gestorben:

Gerichtsverwalter Wilhelm Haack beim Amtsgericht Heidelberg...

Staatsanzeiger.

Zweite Bekanntmachung.

Über das Volksbegehren auf Abänderung des Reichsriedlungs-

Die durch Bekanntmachung vom 28. Dezember 1922 (Reichs-

Berlin, den 19. Januar 1923.

Der Reichsminister des Innern.

Defer.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hiermit gemäß § 75

Karlsruhe, den 2. Februar 1923.

Der Minister des Innern.

Remmel.

Schmitt.

Bekanntmachung.

Ausgabe von Banknoten durch die Badische Bank betr.

Die Badische Bank wird in nächster Zeit neue Fünftausend-

Beschreibung:

Die Note ist aus 11 x 18 1/2 cm großem Wasserzeichenpapier

Die Vorderseite zeigt drei rautenförmige Schilder mit orna-

Die Mitte der Rückseite nimmt ein rechteckiges Bildfeld mit

Karlsruhe, den 3. Februar 1923.

Der Minister des Innern.

J. B. Keers.

Spann.

gebörige Größe nach jenen, wie schon erwähnt, recht niedrigen

Die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchung ergänzen vollends

Die Feststellungen sind nach zwei Richtungen hin äußerst

Es ist aber auch vom Standpunkt der Rassenhygiene aus

Wir haben daher, so besagt der Bericht, nicht nur eine

Sonntag, den 4. Februar 1923.

Landestheater. Literarische Morgenfeier.

Landestheater. Konzerthaus. Charleys Tante.

Fuhrwerkswaagen (neu). 1 St. 10 000 kg Wiegekraft.

Binnentarif der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft vom 1. Mai 1913.

Ruhholzversteigerung des Bad. Forstamtes Forzheim für Kleinhand-

Karlsruher Brauereigesellschaft vormals K. Schrempf & A. Prinz N.-G., Karlsruhe.

Vermögen. Jahresrechnung auf 1. September 1922. Verbindlichkeiten.

Table with columns: Vermögen, Verbindlichkeiten, Bilanzsumme. Includes rows for Vorräte, Schulden, Aktienkapital, etc.

Soll. Gewinn- und Verlust-Rechnung. Haben.

Table with columns: Soll, Haben. Includes rows for Abschreibungen, Reingewinn, Betriebs-Überschuß.

Zuwahl in den Aufsichtsrat: Herr Brauereidirektor Dr. Emil Wolf in Karst.

Detektiv Argus, Metallbetten, Bürgerl. Rechtspflege. Includes logos and contact information.

Beschiedene Bekanntmachungen.

Bei der hiesigen Stadt-lasse ist die neu errichtete

Stamm- und Grubenholz-Versteigerung. Die Gemeinde versteigert

Ruhholz-Verkauf. Das badische Forstamt Wolfach verkauft

Stammholz-Versteigerung. Dienstag, den 6. Febr. 1923,